Demonstration für Rekommunalisierung der Energieversorgung in Berlin (Archivbild): In diversen Regionen machen sich Bürger und Politiker für den Rückkauf stark. *Foto: dpa*

Öffentliche Versorgung

Zurück zu den Wurzeln

Viele Kommunen übernehmen die Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft selbst.

Prof. Horst Gischer

Öffentliche Betriebe liegen wieder im Trend. So meldet der Verband der kommunalen Unternehmen einen deutlichen und anhaltenden Trend zur (Wieder-)Gründung von Stadtwerken in der vergangenen Dekade.

Besonders auffällig ist das Bestreben von Kommunen und Landkreisen zur Übernahme der Verantwortung für die Elektrizitätsversorgung. Mehr als 230 Kommunen haben demnach in den vergangenen acht Jahren Konzessionen von Strom- und Gasnetzen aus privater Hand übernommen.

Noch vor wenigen Jahren galt für die regionale Daseinsvorsorge die Privatisierung als hohes Gebot. Eine verbreitete Überzeugung, private Unternehmen könnten die Daseinsvorsorge bei gleichbleibender Qualität im Wettbewerbsprozess preisgünstiger gewährleisten, hatte zu einen systematischen Rückzug der öffentlichen Betriebe geführt – nachdem bis in die 1980er-Jahre die Aufgaben aus den Feldern Energieversorgung, Trinkwasser sowie Abfallwirtschaft noch mehrheitlich von Servicebetrieben der Gebietskörperschaften („Stadtwerke") wahrgenommen worden waren. Die erneute Trendwende hat verschiedene Gründe. Zum einen nehmen auch die Kommunalpolitiker den starken Wunsch der Bevölkerung zur Nutzung regenerierbarer Energien wahr. Durch die eigenverantwortliche Versorgung können die örtlichen Betriebe über den gewünschten Energiemix selbst entscheiden.

Zum anderen ist die Gelegenheit zur Rekommunalisierung günstig, da gegenwärtig viele in den 1990er-Jahren geschlossene Konzessionsverträge auslaufen und nunmehr wieder neu überdacht werden können. Zudem hat der technische Fortschritt in der Energiegewinnung zu einer deutlichen Dezentralisierung geführt, so dass durch lokale (kommunale) Anbieter in beträchtlichem Umfang Transportkosten eingespart werden können.

Monopolkommission fordert Privatisierungen

Freilich bleibt das öffentliche Angebot zur Daseinsvorsorge durchaus umstritten. Die Monopolkommission bezweifelt die Leistungsfähigkeit hoheitlich geführter Betriebe. Wie erst im jüngsten Hauptgutachten – allerdings wenig überzeugend – für die Sparkassen gefordert, sieht sie allein in der konsequenten Privatisierung öffentlicher Unternehmen die effiziente Lösung der regionalen Versorgungsprobleme. Nur in einem wettbewerblichen Umfeld, so die Argumentation, sei das für die Allgemeinheit beste Angebot zu gewährleisten.

Der jetzt beobachtete Trend zur Rekommunalisierung wird aber nicht zuletzt von der Unzufriedenheit mit den privaten Versorgern genährt. Sehr häufig dominieren Monopolisten die regionalen Märkte, wirksamer Wettbewerb ist eher selten. Der mangelnde Einfluss der Verbraucher und Kommunen auf das private Angebot ist daher eine wesentliche Quelle der Neuorientierung.

Allein, die Renaissance der Stadtwerke ist kein Selbstläufer. Gefordert sind vielmehr eine konsequent betriebswirtschaftliche Orientierung unter sachkundiger Aufsicht und Kontrolle. Es wäre fatal, wenn die Stadtwerke, wie früher, als zusätzliche Einnahmequelle für den Kommunalhaushalt herhalten sollen. In diesem Falle würden vermutlich die Kritiker Recht behalten.

Der promovierte Volkswirt Horst Gischer leitet den Lehrstuhl für Monetäre Ökonomie und öffentlich-rechtliche Finanzwirtschaft an der Otto von Guericke Universität Magdeburg

Kommentar auf dieser Seite